

Längere Lebensarbeitszeit und weniger Rente

Rürup-Kommission legt Vorschläge vor. Schmidt spricht von "gangbarem Weg". Gewerkschaften und Opposition lehnen das Konzept ab. Schröder warnt Kritiker vor Verlust der Regierungsfähigkeit

BERLIN/HANNOVER. Die Menschen sollen nach 2011 schrittweise länger arbeiten und danach weniger Rente beziehen. Sozialministerin Ulla Schmidt unterstützte gestern grundsätzlich entsprechende Vorschläge der Rürup-Kommission. Dies sei „ein gangbarer Weg bei entsprechender Arbeitsmarktlage“, erklärte sie. Ziel der Vorschläge ist es, die Rentenbeiträge bis 2030 nicht über 22 Prozent steigen zu lassen. Die Gewerkschafter in der Kommission trugen den Vorschlag nicht mit. Kommissionschef Bert Rürup sagte, das Expertengremium habe sich mehrheitlich darauf geeinigt, das Renteneintrittsalter ab 2011 schrittweise von 65 auf 67 Jahre zu erhöhen. Jedes Jahr sollen Erwerbstätige einen Monat länger arbeiten, so dass das Eintrittsalter 67 nach 24 Jahren - also 2035 - erreicht wird. Zudem soll sich ab 2005 der Rentenanstieg nochmals verlangsamen. Zum einen soll die Rentenformel nach dem Kommissionsvorschlag so geändert werden, dass die schwindende Geburtenzahl berücksichtigt wird. Zum anderen sollen nur noch die sozialbeitragspflichtigen Einkommen Grundlage für die Rentenerhöhung sein. Hätte diese Klausel schon dieses Jahr gegolten, wäre die Rentenerhöhung im Juli deutlich geringer ausgefallen, räumte Rürup ein. Dies sei aber eine Ausnahme, meinte der Ökonom. Die neue Rentenformel senkt das Rentenniveau nach Angaben von Kommissionsmitglied Axel Börsch-Supan über die kommenden 30 Jahre um weitere 2,2 Prozentpunkte ab. Dies kommt zu der in der Riester-Rentenreform 2000 bereits beschlossenen Absenkung um sechs Prozentpunkte dazu.

...

Den vollständigen Artikel finden Sie im Bonner General Anzeiger vom 25.04.03 unter www.general-anzeiger-bonn.de